

**Sperrfrist 15.11.2024, 10.00**

**Handout Medienkonferenz Bern, 15.11.2024, 10.00**

**„ATOMARES ENDLAGER VORS VOLK!“**

***Argumentarium***

Die Nagra reicht am kommenden Dienstag, 19. November 2024, ein Rahmenbewilligungsgesuch für ein geologisches Endlager ein. Gemäss Kernenergiegesetz Art. 48, Absatz 4 untersteht der Beschluss der Bundesversammlung über die Genehmigung dieser Rahmenbewilligung nur dem fakultativen Referendum. Das genügt nicht.

Das Schweizer Volk muss über ein Projekt von 1 Mio Jahren Tragweite direkt an der Urne befinden können. Wir stimmen über Kuhhörner ab. Dann erst recht über eine hochgiftige, hochradioaktive Atommülldeponie mitten in der Agglomeration Zürich, unter der Anflugschneise des Flughafens Kloten, in nächster Nähe zum Rhein und zur Landesgrenze.

Eine Deponie für radioaktive Abfälle ist eine Gefahr für nachkommende Generationen, für Menschen und die Umwelt. Eine Million Jahre betrifft unvorstellbare 30'000 Generationen von Menschen. Wer kann eine so grosse Verantwortung übernehmen? "Vergraben und Vergessen" ist keine Antwort.

Die fehlende Prozess-Sicherheit ist ein Risiko für die Langzeitsicherheit. Die Nagra als Projektantin definiert die Abbruchkriterien selbst, es existiert kein Plan B, und es fehlen Ausstiegsmöglichkeiten. Es braucht Alternativen für den Fall, dass das Projekt abgebrochen werden muss.

Es fehlen Antworten auf grundsätzliche Fragen. Warum liegt die Oberflächenanlage ausgerechnet in der Nähe einer geologischen Störungszone? Warum wird das Lager mitten in einer Region mit vielen Wärmesonden gebaut? Warum provoziert die Nagra einen Ressourcenkonflikt, indem sie die Abfälle exakt in der Region der Schweiz mit am meisten Erdwärme vergräbt? Was passiert mit dem Grundwasser, wenn das toxische, radioaktive Material nach 10'000 Jahren beginnt, an die Oberfläche zu diffundieren?

Zudem ist die vom Gesetz geforderte leichte Rückholbarkeit nicht gegeben. Der Nachweis, dass man den Atommüll über Jahrtausende im Ereignisfall wieder an die Oberfläche bringen kann, ist im weichen Tongestein mit hunderten von Kleinsttunnels nicht zu erbringen.

Mit diesem Atommülllager lösen wir keine Probleme für künftige Generationen, im Gegenteil: Wir schaffen sie.

Wir fordern daher: Gemeinsam an die Zukunft denken! Abfälle schützen, hüten, und weiterforschen, statt viele Mia CHF in eine Deponie zu stecken, die irgendwann undicht und zum Mega-Sanierungsfall wird.

DAS SCHWEIZER VOLK MUSS FÜR EIN PROJEKT DIESER GRÖSSENORDNUNG AN DER URNE SELBST DIE VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN. DIE DISKUSSION IST SCHWEIZWEIT ZU FÜHREN. EIN PARLAMENTS BESCHLUSS ALLEIN REICHT NICHT AUS.

## **Es gilt das gesprochene Wort**

### **EINE ENTSCHEIDUNG MIT 1 MILIONEN JAHREN TRAGWEITE GEHÖRT IN DER SCHWEIZ VOM VOLK.**

Die Nagra reicht am kommenden Dienstag, 19. November 2024 ein Rahmenbewilligungsgesuch für ein geologisches Tiefenlager ein. Gemäss Kernenergiegesetz Art. 48, Absatz 4 untersteht der Beschluss der Bundesversammlung über die Genehmigung dieser Rahmenbewilligung dem fakultativen Referendum.

**DAS SCHWEIZER VOLK SOLL ÜBER EIN PROJEKT VON DIESER TRAGWEITE ABSTIMMEN KÖNNEN. WIR STIMMEN ÜBER KUHHÖRNER AB. DANN ERST RECHT ÜBER EINE HOCHGIFTIGE, HOCHRADIOAKTIVE ATOMMÜLLDEPONIE FÜR EINE MILLIONEN JAHRE MITTEN IN DER AGGLOMERATION ZÜRICH, UNTER DER ANFLUGSCHNEISE DES FLUGHAFENS KLOTEN, IN NÄCHSTER NÄHE ZUM RHEIN UND ZUR LANDESGRENZE.**

Sicher ist nur das Risiko. Gemäss ENSI ist ein absoluter Einschluss aller radioaktiven Stoffe über sehr lange Zeiträume nicht möglich. Ein Tiefenlager muss 1 Million Jahre halten, aber Berechnungen der Nagra zeigen, dass schon nach 10'000 Jahren toxische und radioaktive Materialien an die Erdoberfläche diffundieren. Das ist unverantwortlich.

Eine hochgiftige, radioaktive Mülldeponie zu bauen, ist ein Konzept aus dem letzten Jahrhundert. Kölliken und viele andere Deponien belegen das. Keine dieser bestehenden Deponien hätte einen derart gravierenden Impact wie eine hochgiftige, radioaktive Mülldeponie.

Wenn das Material erst einmal vergraben ist, zahlt der Bund und trägt das ganze Risiko. Die Nagra verharmlost die Gefahr. Schon kleine Mengen einer radioaktiven Substanz führen zu genetischen Schäden, Krebs usw. Das Material ist extrem

lebensfeindlich. Deshalb muss dieser Müll zwingend 1 Mio Jahr von der Biosphäre ferngehalten werden! .... Wir wissen aber, dass das nicht geht.

Wir lösen mit dem Atommülllager nicht das Problem kommender Generation– wir schaffen es!

Zum Ansinnen der AKW-Betreiber, sich auf einfache Art durch „Vergraben und Vergessen“ zu Lasten der Allgemeinheit ihres Abfalls zu entledigen, sagen wir deshalb: NEIN DANKE, SO NICHT! Zurück an den Absender. Denn wenn das Material erst einmal vergraben ist, zahlt der Bund und trägt das ganze Risiko.

### **Eine Deponie für radioaktive Abfälle ist eine Gefahr für nachkommende Generationen, für Menschen und die Umwelt.**

**Karin Joss, Bodo Schröder:** Wir sprechen zu Ihnen als Co-Präsidenten des Vereins LoTi mit Sitz in der geplanten Standortgemeinde Stadel im Züricher Unterland. Der Name steht für "Nördlich Lägern ohne Endlager". Der Begriff "Nördlich Lägern" existiert noch nicht lange; er wurde für den Standort des Endlagers geschaffen.

Wir befassen uns mit ökologischen, gesundheitlichen, raumplanerischen und gesellschaftlichen Auswirkungen eines solchen Lagers für die Region und wir denken auch weit über die Region hinaus.

Kommende Woche ist der Moment, wo die Nagra beim Bund das Rahmenbewilligungsgesuch für den Bau eines Endlagers in Stadel einreichen will. Das ist ein historischer, aber kein freudiger Moment im ganzen Prozess und darum sind wir hier – für viele Menschen aus Stadel und Umgebung, die ganz direkt betroffen sind. Wir möchten, dass sie gehört werden.

Ein nationales Problem soll lokal gelöst werden. Eine ländliche Zürcher Gemeinde, die nahe an dichtbesiedelten Gebieten, nahe am Flughafen Zürich und in nächster Nähe zur Alitalia-Absturzstelle 1990 liegt, nahe am Rhein und nahe an Deutschland, soll eine grosse Last für die ganze Schweiz tragen. Zum Endlager für atomare Abfälle hat Stadel aber kaum etwas zu sagen.

Radioaktive, d.h. ionisierende Strahlung richtet in lebenden Organismen Schäden an wie z.B. Veränderung des Erbguts, Störungen der Entwicklung oder Krankheiten wie Krebs.

Das Endlager soll für eine Million Jahre angelegt werden. So lange ist die Strahlung der Abfälle eine Gefahr. Das betrifft unvorstellbare 30'000 Generationen von Menschen. Wer kann eine so grosse Verantwortung übernehmen? Oder heisst die Devise nicht eher "Vergraben und Vergessen" bzw. "Nach uns die Sintflut"?

Das Argument, allfällige Schäden würden uns nicht betreffen, da sie erst viel später auftreten, können wir nicht gelten lassen. Eine Generation – ich nenne sie die "jetzige" und nicht die "unsere" - hinterlässt Milliarden von Menschen ein Erbe und die Hinterbliebenen können dieses Erbe nicht ausschlagen. Zukünftige Menschen können auch nicht gegen Verursacher klagen oder Schadenersatz fordern.

Es ist nicht möglich, sicherzustellen, dass alle zukünftigen Generationen von diesem Endlager wissen werden. Ereignisse aller Art können dazu führen, dass die Weitergabe von Informationen unterbrochen wird.

Es gibt keine Garantie, dass sich die Geologie im Untergrund so lange still verhält. Dass keine Radioaktivität austritt. Dass weder Boden noch Wasser verseucht werden. Das extreme Risiko wird für sehr lange Zeit zum Begleiter.

Selbst wenn Menschen von der Gefahr der Strahlung wissen, können sie sich dieser nie ganz entziehen. Unsere ganze Erde ist ein System. Alles ist miteinander verbunden – örtlich und zeitlich.

Wir sehen eine Reihe von Widersprüchen. Nördlich Lägern wurde 2015 aus dem Inventar der möglichen Standorte wegen schlechter Eignung entlassen, später wieder aufgenommen und 2022 sogar als bester Standort der Schweiz ausgewählt. Deutschland betrachtet Standorte auf der deutschen Seite der Grenze als ungeeignet, während die Schweiz auf der ihrer Seite bauen will. Wie kann das sein? Solche Widersprüche müssen wissenschaftlich und transparent aufgeklärt werden. Die bisherigen Antworten genügen uns nicht.

Zu erwähnen ist, dass es für den Prozess durchaus von Vorteil ist, dass im Raum Stadel der Widerstand bisher am kleinsten war, verglichen mit anderen potentiellen Standorten. Wir unterstellen nicht, dass das ein Auswahlkriterium war, doch es macht die Sache sicherlich einfacher.

Um einen Standort zu finden, musste erst die Demokratie ausgehebelt werden. Denn es war zu erwarten, dass jede Region, die selbstbestimmt entscheiden konnte, kein Atommülllager bei sich haben wollte.

Man hört oft, die Menschen hätten halt Ängste und man müsse ihnen diese mit besserer Aufklärung und mit Argumenten nehmen. Das bedeutet, sie nicht ernst zu nehmen. Es braucht keine Therapeuten, sondern es braucht Transparenz und Ehrlichkeit, was das Risiko betrifft. Ängste sind durchaus manchmal begründet. Da braucht es Diskussionen und grösste Anstrengungen für bessere Lösungen.

Wir stecken in der Zwickmühle. Aktuell kennen wir nur Lösungen mit sehr grossen Nachteilen. Nun kann man entweder rasch die am wenigsten ungünstige Variante umsetzen (Vergraben und Vergessen) oder man kann sich Zeit lassen. 10 Jahre sind in einem Menschenleben eine lange Zeit. In Bezug auf Radioaktivität aber sehr wenig: 10 Jahre sind ein Tausendstel Prozent von einer Million Jahre. Da dürfen wir uns durchaus ein paar Jahrzehnte mehr Zeit lassen. Zudem sollten wir den Atomausstieg vollzogen haben und genau wissen, wie viele Abfälle angefallen sind.

### **Die fehlende Prozess-Sicherheit ist ein Risiko für die Langzeitsicherheit**

**Thomas Feer:** Ich spreche zu Ihnen als Vorstandsmitglied von KLAR! Schweiz. KLAR! bedeutet "Kein Leben mit Atomaren Risiken". Ich habe im Rahmen der Regionalen Partizipation Zürich Nordost während vielen Jahren an Fragen der Sicherheit gearbeitet und bin Mitglied des Technischen Forums Sicherheit, welches vom ENSI geleitet wird.

Der Bau und Betrieb eines Endlagers ist ein Jahrhunderttausendprojekt. Es muss eine grosse Zahl an Anforderungen für seine Akzeptanz erfüllen und gilt als komplexes Vorhaben. Die Schweiz startet erstmals nach Jahrzehnten mit misslungenen Projekten in die Umsetzung eines Endlagers. Allein der Fall Wellenberg zeigt exemplarisch, wie rasch ein Projekt als ungeeignet eingestuft wird und wie schnell ein Plan B äusserst nützlich wäre.

Aktuell haben weder die Nagra noch das ENSI noch die Politik einen Plan B, falls das Endlagerkonzept aus noch unbekanntem Gründen scheitern würde. Damit dieses Megaprojekt von mehreren Milliarden Franken im Sinne der Langzeitsicherheit die

Erwartungen erfüllt, fordern wir eine bewusste Planung im Sinne der Prozesssicherheit. Die Prozesssicherheit umfasst die Aktivitäten des Baus und Betriebs mit ihren Entscheidungen, Risiken und Chancen. Für ein Endlager geht es insbesondere um gute Checks and Balances, Transparenz, Wissenstransfer, und Langzeitsicherheit.

Checks and Balances sind in der modernen Staatslehre dazu da sicherzustellen, dass die Macht geteilt und kontrolliert wird. Auf das Endlager angewendet braucht es einen Realisator (die NAGRA) und eine Kontrollinstanz (das ENSI). Das ENSI muss als Aufsichtsbehörde genügend Kompetenzen haben, um im Falle einer drohenden Zielverfehlung bei der Langzeitsicherheit einen Abbruch verfügen zu können. Verweigert die Politik der Aufsichtsbehörde die erforderlichen Mittel und rücken ENSI und NAGRA wie in der Vergangenheit erlebt zu nahe zusammen, dann besteht keine echte Kontrolle, und die Umsetzung hat ein Vertrauensproblem.

Die Transparenz der Vorgänge um die Einlagerung ist zentral für den Wissenstransfer an zukünftige Generationen. Zur Transparenz gehören klare Abbruchkriterien, ein Plan B und Ausstiegsmöglichkeiten. Es braucht Alternativen für den Fall, dass das Projekt abgebrochen werden muss. Diese sind von der Überwachungsbehörde vorzugeben und nicht von den Ausführenden selbst. Die Behörden müssen rechtzeitig in den Prozess eingreifen. Das vorliegende Projektkonzept ist diesbezüglich lückenhaft und zu riskant.

### **Es fehlen Antworten auf grundsätzliche Fragen**

**Harald Jenny, Projektleiter Unabhängiges Begleitgremium Schweizer Tiefenlager:** Der Sachplan geologisches Endlager folgt einem politischen Fahrplan und nimmt keine Rücksicht auf ungeklärte Risiken. Der Standortentscheid wurde gefällt, bevor entscheidende Fragen beantwortet sind. Je mehr man sich mit dem Projekt beschäftigt, desto grösser werden die Fragezeichen.

- Warum soll der Zugang zum Lager ausgerechnet in Stadel in der Nähe einer tektonischen Störung gebaut werden? Alle wissen, dass solche Störungen ein Risiko darstellen. Aus geologischer Sicht ist die Standortwahl für die Oberflächenanlage verfehlt und nicht durchführbar.

- Warum wird das Lager ausgerechnet in einer Region mit vielen Wärmesonden gebaut? Nördlich Lägern ist gespickt mit Erdwärmesonden bis 400 m Tiefe. Es besteht die Gefahr von Kurzschluss-Verbindungen zwischen einem geologischen Endlager und der Erdoberfläche.
- Warum kommt die Nagra auf die Idee, die Abfälle ausgerechnet in der Region der Schweiz mit am meisten Erdwärme zu vergraben? Da ist der Ressourcenkonflikt vorprogrammiert, denn Erdwärme ist eine der wichtigsten Energiequellen für viele tausend Jahre.
- Hat die NAGRA offen und ehrlich über die Grundwassergefährdung informiert? Der Opalinuston ist im vorgesehenen Gebiet nur 100 Meter dick, und oberhalb und unterhalb von Wasser umgeben. Die Nagra hat selbst berechnet, dass ab 10'000 Jahren toxisches und radioaktives Material aus dem Lager an die Oberfläche diffundiert. Wollen wir wirklich dereinst im Thermalwasser in Zurzach Spuren von Plutonium und anderen giftigen, radioaktiven Materialien nachweisen müssen?
- Wie stellt sich die Nagra das Arbeiten vor, wenn das geologische Endlager unter dem Druck einer 800 m hohen Wassersäule steht? Dies stellt während dem Bau, der Einlagerung und der Überwachung eine ständige Herausforderung und Bedrohung für Wassereinträge und das Absaufen des Lagers dar.

Wer unvoreingenommen an den Vorschlag herangeht, den die Nagra nun in die Prüfung geben will, kommt nicht darum herum, an der Durchführbarkeit des Vorhabens so wie geplant ernsthaft zu zweifeln.

### **Die Rückholbarkeit ist NICHT gewährleistet**

**Martina Munz, Nationalrätin SP:** Die Expertengruppe EKRA hielt im Jahr 2000 in ihrem Bericht für das UVEK fest: «Die gesellschaftlichen Forderungen an die Abfalllagerung orientieren sich am Prinzip der Reversibilität.» Damals wurde erkannt, dass die Langzeitlagerung in einem Endlager zu kurz gedacht ist. Inzwischen ist das Versprechen der Reversibilität in allen Endlagerprogrammen der Welt vorgesehen.

2003 wurde die Rückholung im Kernenergiegesetz (KEG) Art. 37, Bst. b verankert. Die Betriebsbewilligung darf nur erteilt werden, wenn die Rückholung der radioaktiven Abfälle bis zu einem allfälligen Verschluss ohne grossen Aufwand möglich ist. Die Nagra hat daraufhin ihr Wording angepasst. Es wird statt von einem Atommüll-Endlager von einem Tiefenlager gesprochen.

### **Wo liegen die Schwachpunkte?**

#### 1. Grösstes Risiko: Wassereinbruch

Der Opalinuston als weiches Gestein neigt zur Verformbarkeit. Bei einem Wassereinbruch entsteht eine schmierige Suppe 800 m unter Tag. Wie sollen die hunderten von 20 Tonnen schweren Behältern an die Oberfläche geholt werden? Die Schwierigkeiten bei der Rückholung von schwach- und mittelaktiven Abfällen zeigen sich gegenwärtig am Beispiel des deutschen Versuchsendlagers Asse II.

#### 2. Was geschieht, wenn die Behälter frühzeitig lecken?

Der ganze Untergrund müsste ausgeräumt werden, um Radioaktivität und chemo-toxische Stoffen von der Biosphäre fernzuhalten. Aber: wohin mit dem kontaminierten Material? In ein neues Endlager? Wo denn? Und wer soll das noch wollen? Und wer das bezahlen?

#### 3. Rückholen ist wirtschaftlich nicht tragbar!

Erfahrungen Von Sanierungs- und Wiedereinlagerungsprojekten bestätigen, dass Reversibilität zu massiven Kostenfolgen führt. Faktor 100 und mehr sind objektspezifisch und inflationsbereinigt üblich. Wer soll dereinst solche Milliardenbeträge für unsere atomaren Altlasten zahlen? Das ist sicher nicht gemeint mit Rückholung «ohne grossen Aufwand».

Einen Praxisnachweis für die Rückholbarkeit ist die Nagra bis heute schuldig geblieben. Dem Konzept fehlen die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen. Es besteht das Risiko, dass die Bevölkerung und nachkommende Generationen über einer giftigen Erblast leben müssen. Ohne dass das Material zurückgeholt werden kann.

Die Betriebsbewilligung für die Giftmülldeponie Kölliken wurde erteilt, weil die besten Fachleute aus Wissenschaft und Geologie dafür bürgten, dass die Deponie für «immer» sicher sei. Der Untergrund sei völlig dicht, hiess es, eine Verschmutzung des

Grundwassers ausgeschlossen. Nur wenige Jahre nach der Einlagerung gelangten giftige Stoffe ins Trinkwasser. Den Rest der Geschichte kennen wir, die Deponie musste aufwändig für gut eine halbe Milliarde saniert werden. Die besten Fachleute haben sich also getäuscht! Wie auch in anderen Fällen.

Genau deshalb muss die Rückholbarkeit gewährleistet sein, und zwar ohne grossen Aufwand, wie es im Gesetz steht. Das Konzept ist grundsätzlich nicht für die Rückholbarkeit angelegt. Die über 20 Tonnen schweren Behälter mit hochradioaktivem Müll werden in 800 m Tiefe zu Dutzenden hintereinander in mehrere hundert Meter langen Stollen von nur gerade 3 m Durchmesser eingelagert und sofort mit Bentonit verfüllt. Schon kurz nach Einlagerung ist es unrealistisch, diese Behälter aus einer Geometrie, die einem 1 Meter langen Spaghetti gleicht, wieder mit vernünftigem Aufwand zurückzuholen.

**Mit dem vorliegenden Atommülllagerkonzept lösen wir nicht das Problem kommender Generationen – wir schaffen es!**

Sicherheit bei der Rückholung sieht anders aus. Auch das geänderte Wording der Nagra hilft nicht, über die Mängel hinwegzutäuschen.

**Es braucht die Übernahme der Verantwortung durch alle Schweizerinnen und Schweizer! Kein Endlager kann am Volk vorbei gebaut werden!**

**Harald Jenny:** Der Standortentscheid mit seinen gewaltigen Konsequenzen für die betroffene Region darf nicht ohne demokratische Volksabstimmung gefällt werden. Den Standortkantonen und -gemeinden wurde das Vetorecht entzogen. Dies widerspricht den demokratischen Prinzipien der Schweiz. Umsomehr braucht ein Jahrhunderttausendprojekt dieser Dimension die demokratisch erwirkte Übernahme der Verantwortung nicht nur durchs Parlament, sondern durch die Bevölkerung der ganzen Schweiz. Wenn auf regionaler Ebene, wo die Betroffenen mit den Auswirkungen leben müssen, und auf kantonaler Ebene kein Vetorecht mehr besteht, ist die Schweizer Bevölkerung als Ganzes aufgerufen, sich selbst ein Bild zu machen und an der Urne die Verantwortung für die Entscheidung für oder gegen ein Endlager im dichtbesiedelten Raum zu übernehmen.

## **Endlager-Kundgebung**

**Karin Joss:** Es gibt keine Mitsprache für die Menschen in Stadel. Es bleibt nur die Mitwirkung in einer Bürgerorganisation und ziviler Widerstand. Wir planen eine friedliche Kundgebung am kommenden 19. November in Bülach. Bereits wurden Stimmen laut, dies müsse unterbunden werden. Es handelt sich aber um ein verankertes, demokratisches Mittel, und wer es in Frage stellt, stellt den Rechtsstaat in Frage.

Die Kundgebung findet statt ab 17 Uhr vor der Stadthalle Bülach, Allmendstrasse 8. Anschliessend, um 18.30 Uhr, startet am selben Ort die Vollversammlung der Regionalkonferenz.

**Harald Jenny:** Wir fordern: Gemeinsam an die Zukunft denken! Abfälle schützen, hüten, und weiterforschen, statt viele Mia CHF in eine undichte Deponie zu verlocken, die irgendwann zum Mega-Sanierungsfall wird.

DAS SCHWEIZER VOLK SOLL FÜR EIN PROJEKT DIESER GRÖSSENORDNUNG AN DER URNE DIE VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN. WIR STIMMEN ÜBER KUHHRÖRNER AB. DANN ERST RECHT ÜBER DAS TIEFENLAGER. EIN ENTSCHEID MIT 1 MIO JAHREN TRAGWEITE GEHÖRT IN DER SCHWEIZ VORS VOLK.

Für weitere Informationen:

Harald Jenny	079 435 11 80
Martina Munz	079 744 44 10
Karin Joss	079 468 41 16
Thomas Feer	079 533 47 45